

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 277 – 16. Juni 2023

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Rahmen einer Gedenkstunde hat der Deutsche Bundestag heute an den Volksaufstand in der DDR vor 70 Jahren am 17. Juni 1953 erinnert. Die Reden von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aber insbesondere die Berichte von Zeitzeugen verdeutlichten die Bedeutung des DDR-Volksaufstand in der deutschen Geschichte. Mitarbeiter in über tausend Betrieben und Genossenschaften in der DDR haben am 17. Juni 1953 gestreikt. Rund eine Millionen Menschen beteiligten sich an den Aktionen des Volksaufstands und protestierten weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Sie forderten eine Ablösung des SED-Regimes, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands. Die Sowjetunion schlug den Aufstand gewaltsam, mit Soldaten und Panzern, nieder. Zahlreiche Demonstranten kamen dabei ums Leben.

Folgerichtig erklärte der Deutsche Bundestag am 3. Juli 1953 den 17. Juni zum "Tag der Deutschen Einheit". Denn ohne das Eingreifen der Sowjetunion wäre das SED-Regime unter Walter Ulbricht bereits damals zusammengebrochen.

Als einer der wichtigsten Tage des nationalen Gedankens muss der 17. Juni erhalten und gestärkt werden. Als Unionsfraktion fordern wir in dieser Woche von der Bundesregierung, die Vergangenheit des kommunistischen Unrechtsregimes weiter aufzuarbeiten. So ist bis heute weder das Denkmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft realisiert worden, noch ein bundesweiter Härtefallfonds für die Opfer.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Hilferuf der Apotheken - Bundesregierung muss endlich handeln

Aus Protest gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung blieben auch in der Eifel-Mosel-Region am Mittwoch viele Apotheken geschlossen. Sie laufen Sturm gegen die Politik der

Bundesregierung und wollen mit dem Protesttag auf ihre Notlage aufmerksam machen. Aufgrund von Lieferengpässen bei zahlreichen Medikamenten entsteht derzeit eine untragbare Mehrbelastung für die Apotheker.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche die Problematik erneut im Rahmen einer Aktuellen Stunde thematisiert und die Bundesregierung aufgefordert, endlich zu handeln.

Es fehlt an Fiebersäften, Antibiotika, Insulin und Krebsmedikamenten. Die Lieferengpässe verschärfen sich weiter. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Seit Mitte des vergangenen Jahres warnt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor Versorgungsengpässen und dem unhaltbaren Misstand fehlender Medikamente. Hierzu hatten wir einen umfangreichen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir haben die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, unverzüglich einen Beschaffungsgipfel einzuberufen, alternative Beschaffungsmöglichkeiten zu eröffnen, sich für eine effektivere Beschaffung von Arzneimitteln auf europäischer Ebene – auch mit dem Ziel einer Rückverlagerung der Produktion – einzusetzen.

Dass in Deutschland wichtige Medikamente nicht verfügbar sind, ist für alle Betroffenen ein unhaltbarer Zustand. Statt Sofortmaßnahmen zu ergreifen, beschränken sich die Ampel und Bundesgesundheitsminister Lauterbach auf die Ankündigung von Maßnahmen, die den Mangel bestenfalls langfristig beheben. Das wird der aktuellen Lage nicht gerecht. Stattdessen müssen jetzt alle Kräfte gebündelt und die Medikamentenbeschaffung verbessert werden.

EU-Asylreform reicht nicht aus

Die EU-Innenminister haben sich auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Insgesamt kann man mit den Ergebnissen jedoch nicht zufrieden sein. Sie reichen nicht aus, um die Asylummigration in die EU auf Dauer wirksam zu ordnen und zu begrenzen und für eine angemessene Lastenverteilung in Europa zu sorgen.

Teil der Einigung ist die Einführung verpflichtender Asylverfahren an der EU-Außengrenze. Die Reform beinhaltet zudem einen neuen Solidaritätsmechanismus. Die Mitgliedsstaaten können künftig entscheiden, ob sie Flüchtlinge aufnehmen, einen finanziellen Beitrag leisten oder Personal entsenden. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, müssen eine Ausgleichszahlung leisten.

Die von der schwedischen Ratspräsidentschaft erreichte Einigung auf ein verpflichtendes Grenzverfahren an der EU-Außengrenze ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das hat die Union immer gefordert. Es ist gefährlich, dass Bundesinnenministerin Faeser und die Grünen diese wichtige Neuerung in den weiteren Verhandlungen aufweichen wollen. Frau Faeser hat sich im Rat mit ihrer Forderung, den Kreis der Personen deutlich zu verkleinern, die das Grenzverfahren durchlaufen müssen, nicht durchsetzen können. Sie war damit in Europa weitgehend isoliert. Das sollten SPD und Grüne zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen ist die Einigung kritisch zu sehen. Wenn beispielsweise bei der Verteilung von Asylbewerbern weitreichende Familienbeziehungen eine Rolle spielen sollen, wird gerade Deutschland durch die vielen Ankerpersonen, die schon im Land sind, zusätzlich belastet.

Die Reform wird frühestens im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten. Von einem Erfolg wird man erst sprechen können, wenn die irreguläre Migration in die EU und nach Deutschland tatsächlich und spürbar sinkt. Das kann Jahre dauern. Unseren Kommunen, die schon jetzt vielfach jenseits der Belastungsgrenze sind, hilft das nicht. Die Bundesregierung darf sich deshalb nicht hinter den EU-Verhandlungen verstecken. Sie muss vielmehr in der aktuellen Migrationskrise schnell und konsequent mit einem Kurs der Begrenzung gegensteuern.

Heizungsgesetz

Der Irrsinn geht weiter

In dieser Woche hat sich die Ampel auf Leitplanken zur Änderung ihres ursprünglichen Gesetzentwurfs zum Austausch von Öl- und Gasheizungen verständigt. Positiv ist, dass der Protest der Union und vieler anderer Wirkung gezeigt hat und es ein Umdenken in der Ampel gab. So sollen die Regeln für den Einbau neuer Heizungen erst dann greifen, wenn die Kommunen ihre Wärmeplanung bis spätestens 2028 vorgelegt haben. Zudem sollen Holz, Hackschnitzel und Pellets weiterhin als erneuerbare Energien gelten.

Das Leitplanken-Papier der Ampel umfasst knappe zwei Seiten. Einen neuen Gesetzentwurf, der diese Einigung umfasst, gibt es jedoch noch nicht. Viele Fragen sind daher weiterhin offen. Dies betrifft insbesondere die Regelungen zur Förderkulisse.

Es ist vor diesem Hintergrund eine Farce, dass die Ampel in dieser Woche den alten Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht hat. Nächste Woche soll eine Anhörung von Fachleuten zum Heizungsgesetz stattfinden. Obwohl ihnen bis zum heutigen Tage kein aktueller und ordentlich ausgearbeiteter Gesetzestext vorliegt, sollen sie ihre fachliche Einschätzung abgeben. Dieses Vorgehen der Ampel ist nicht nur respektlos, sondern führt das gesamte parlamentarische Gesetzgebungsverfahren ad absurdum.

Besuch aus dem Wahlkreis

Am Montag haben mich drei Schulklassen der 10. Jahrgangsstufe des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus Daun im Bundestag besucht. Über den Besuch aus der Heimat und die Fragen zur Tagespolitik habe ich mich sehr gefreut.

Reiner Zoorob aus Trier beim Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren

In dieser Woche hat Reiner Zoorob am Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V, in Berlin teilgenommen. Dabei standen auch einige Termine im Bundestag auf dem Programm.

Neben dem Besuch des Plenums und Sitzungen des Wirtschafts- und Geschäftsordnungsausschusses hatten wir zudem Gelegenheit für einen persönlichen Austausch.

Der Wirtschafts junior aus Trier hat vor wenigen Jahren das Start-up PiiScreen gegründet, das zum einen ein Werbenetzwerk und zum anderen ein Ausbildungsportal betreibt. Das Ausbildungsportal hat mich besonders begeistert, denn es bringt künftige Azubis und Unternehmen zusammen und wirkt damit dem Fachkräftemangel in unserer Region entgegen.

24. Eifelmarathon in Waxweiler

In der vergangenen Woche durfte ich wieder als Schirmherr beim Eifelmarathon den Startschuss geben und die Läufer auf die Marathon-, Ultradistanz-, Halbmarathon-, Trail- und 10 Km-Strecke schicken. Die Organisatoren hatten erneut Hervorragendes geleistet! Herzlichen Dank dafür und Glückwunsch an alle, die bei tollem Wetter, aber fast zu hohen Temperaturen die Strecke unter die Füße genommen und gefinished haben.

Ich selbst bin den 10er mitgelaufen. Die Zeit ist handgestoppt und nicht die offizielle Zeit. Leider hat es nicht geklappt, die 50 Minuten zu knacken. Vielleicht beim nächsten Mal.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de